Im Browser öffnen

GROSSRATS-MAILING 05/25

{{ contact.BRIEFANREDE }},
im Hinblick auf die kommenden Sitzungen des Grossen Rats senden wir Ihnen unsere Stellungnahme. Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie diese Empfehlungen in Ihren Fraktionssitzungen sowie im Grossen Rat einbringen. Vielen Dank!
Herzlich, Ihr Gewerbeverband Basel-Stadt

ÜBERSICHT

Stellungnahme als PDF

✔ **Traktandum 5:** Kantonale Volksinitiative "für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel (Klybeckinsel-Volksinitiative)", rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR (25.0033)

✘ **Traktandum 25:** Anzug Catherine Alioth und Konsorten betreffend die Umsetzung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung während des Maturitätslehrgangs gemäss Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV), Schreiben des RR (23.5539)

✘ **Traktandum 31:** Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Durchführung einer Lohnanalyse für Kantonsangestellte, Stellungnahme des RR (24.5278)

✔ **Traktandum 33:** Massnahmenpaket gegen Littering und Bericht zur Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend neues Massnahmenpaket Sauberkeit für ein sauberes Basel - die Zweite, Bericht des RR (24.1602)

Traktandum 5 (25.0033):

Kantonale Volksinitiative

FÜR DIE WIEDERHERSTELLUNG UND WIEDERAUFFORSTUNG DER EHEMALIGEN KLYBECKINSEL

Der Gewerbeverband Basel-Stadt unterstützt die Überweisung der Klybeckinsel-Initiative an den Regierungsrat zur Berichterstattung, lehnt das Begehren aber inhaltlich entschieden ab. Die Initiative

würde ein zentrales Entwicklungsareal der Nutzung für Wohnen und Arbeiten entziehen und damit den städtebaulichen Zielen des Kantons widersprechen. Die Umsetzung bis 2035 ist unrealistisch, die Kosten sind nicht abschätzbar, und es drohen erhebliche Eingriffe in Eigentumsrechte. Bestehende Planungen wie klybeckplus, Infrastrukturprojekte und der Stadtteilrichtplan würden jahrelang blockiert oder stark verzögert.

kmu-check - Vorteile für KMU:
✔ Die Überweisung ermöglicht eine vertiefte Prüfung der Auswirkungen auf laufende Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte. So werden die Risiken der Initiative – etwa der Verlust von Gewerbeflächen, massive Kostenfolgen und die Verzögerungen wichtiger Arealentwicklungen und Infrastrukturprojekte – klar erkennbar.

► Wir bitten Sie, die Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstattung zu überweisen.

Traktandum 25 (23.5539):

Anzug Catherine Alioth und Konsorten betreffend

DIE UMSETZUNG DER BERUFS-, STUDIEN- UND LAUFBAHNBERATUNG WÄHREND DES MATURITÄTSLEHRGANGS GEMÄSS MATURITÄTSANERKENNUNGSVERORDNUNG (MAV)

Der Gewerbeverband Basel-Stadt unterstützt das Ziel, die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung an Gymnasien verbindlich und wirkungsvoll zu verankern. Der Regierungsrat verweist auf ein seit 2018 bestehendes Konzept und die Integration der Beratung in den Schulalltag. Das ist ein richtiger Schritt – doch bleibt fraglich, ob diese Massnahmen ausreichen, um die in Art. 31 MAV definierten Ziele tatsächlich zu erreichen.
Der Fokus der Studienberatung der Universität Basel liegt naturgemäss auf akademischen Laufbahnen – der Zugang zu nicht-akademischen Alternativen kommt dabei zu kurz. Gerade in Zeiten zunehmender Fachkräftelücken braucht es eine Beratung, die alle Berufswege gleichwertig berücksichtigt – akademische wie nicht-akademische. Deshalb muss der Einbezug der Wirtschaft verpflichtender Bestandteil sein und nicht dem Zufall einzelner Schulstandorte überlassen bleiben.

Der Gewerbeverband Basel-Stadt fordert eine verbindliche Integration der Laufbahnberatung über alle vier Jahre des Gymnasiallehrgangs hinweg, klare kantonale Zuständigkeiten und eine systematische Qualitätssicherung. Die angekündigte Überarbeitung des Basler Konzepts ist begrüssenswert, müsste jedoch mit einem konkreten Zeitplan und einer strategischen Zielsetzung unterlegt werden. Die bestehende Kooperation mit dem Kanton Baselland ist zu vertiefen, um Ressourcen effizient zu nutzen und Doppelspurigkeiten zu vermeiden.

kmu-check - Nachteile für KMU:
✘ Ohne gleichwertige Darstellung beruflicher Bildungswege bleiben viele nicht-akademische Berufe für Gymnasiastinnen und Gymnasiasten unsichtbar – ein Verlust an Potenzial in Zeiten des Fachkräftemangels.
✘ Ohne verbindliche Zusammenarbeit mit der Wirtschaft wird das Beratungsangebot den heutigen Anforderungen an eine durchlässige Bildungslandschaft nicht gerecht.

► Wir bitten Sie, den Anzug stehenzulassen.

Traktandum 31 (24.5278):

Motion Nicola Goepfert und Konsorten betreffend

DURCHFÜHRUNG EINER LOHNANALYSE FÜR KANTONSANGESTELLTE

Der Gewerbeverband Basel-Stadt lehnt die Motion ab, denn sie blendet zentrale volkswirtschaftliche Realitäten aus: In vielen Funktionsbereichen liegen die Löhne im öffentlichen Dienst systematisch über jenen der Privatwirtschaft. Dies führt zu einem wachsenden Verdrängungseffekt auf dem Arbeitsmarkt und wirkt sich direkt nachteilig auf kleine und mittlere Unternehmen aus, welche bereits heute grosse Mühe haben, qualifiziertes Personal zu finden. Wenn der Staat – finanziert durch Steuergelder – Löhne zahlt, die weit über dem Markt liegen, verschärft dies den Fachkräftemangel in der Privatwirtschaft zusätzlich. Der Wettbewerb um Talente wird künstlich verzerrt. Ein staatlicher Lohnvergleich darf deshalb nicht einseitig auf eine Lohnerhöhung hinauslaufen. Wo Löhne zu tief sind, muss man korrigieren – wo sie zu hoch sind, aber ebenso. Diese Zweirichtungsperspektive fehlt in der Motion. Eine umfassende Lohnanalyse ist zudem aufwändig und teuer – und bringt unter diesen Voraussetzungen keinen Mehrwert.

kmu-check - Nachteile für KMU:
✘ Die Durchführung der Lohnstrukturerhebung kann unter Umständen auch der Erfassung des Lohngefälles zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor dienen. Ein Angleich müsste allerdings in beide Richtungen möglich sein.
✘ Die hohen Gehälter im öffentlichen Sektor üben einen Aufwärtsdruck auf die Gehälter in der Privatwirtschaft aus.

► Wir bitten Sie, die Motion Nicola Goepfert und Konsorten nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Traktandum 33 (24.1602):

MASSNAHMENPAKET GEGEN LITTERING

und Bericht zur Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend

NEUES MASSNAHMENPAKET SAUBERKEIT FÜR EIN SAUBERES BASEL

Der Gewerbeverband Basel-Stadt nimmt das neue Massnahmenpaket gegen Littering zur Kenntnis. Grundsätzlich begrüsst er die systematische Überarbeitung des bisherigen Fünf-Säulen-Konzepts sowie den Einbezug des Gewerbes bei der Erarbeitung. Entscheidend ist jedoch, dass geplante Massnahmen für Betriebe praxistauglich und verhältnismässig bleiben. Zusätzliche Verpflichtungen – etwa bei Mehrwegverpackungen oder Aschenbechern – müssen zwingend mit dem Gewerbe abgestimmt werden. Dabei ist sicherzustellen, dass für alle Anbieter im öffentlichen Raum die gleichen Regeln gelten – insbesondere bei der Umsetzung von Mehrwegsystemen und Rückgabepflichten. Gleich lange Spiesse zwischen stationären Betrieben und temporären Anbietern sind zwingend. Auch die verstärkte Repression darf nicht zu unverhältnismässigem Kontrolldruck auf KMU führen. Zudem ist kritisch zu beobachten, ob neue Dienstleistungen – wie kostenpflichtige Abfallkonzepte bei Veranstaltungen – nicht zu faktischen Zusatzbelastungen führen. Der angekündigte Dialog mit dem Gewerbe muss verbindlich und kontinuierlich weitergeführt werden.

kmu-check - Vorteile für KMU:

✔ Die höhere Aufenthaltsqualität durch sauberere Strassen und Plätze stärkt das lokale Gewerbe, insbesondere Detailhandel und Gastronomie.

✔ Dank vereinfachten Abläufen bei Veranstaltungen durch zentralisierte Beratung und Infrastrukturservice haben Betriebe weniger Koordinationsaufwand.

► Wir bitten Sie, die Motion Joël Thüring und Konsorten abzuschreiben.

Gewerbeverband Basel-Stadt
Elisabethenstrasse 23
Postfach
4010 Basel
+41 61 227 50 50
info@gewerbe-basel.ch

kmu-check abmelden